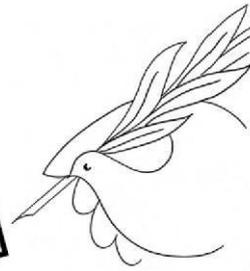


# FRIEDENS JOURNAL

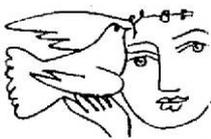


## Deutsche Politik: Führend bei doppelten Standards!

Foto: Vorgehen der Polizei gegen Sitzblockade von „Ende Gelände“  
im Rheinischen Braunkohlerevier am 17.11.2017 – Quelle: Flickr



- Doppelte Standards gegenüber Russland
- Polizeigewalt in den EU-Ländern und doppelte Standards
- Menschenrechte und Flüchtlinge
- Deutsche Diskurse: Keine Menschenrechte für Palästina?
- Politische Eliten der USA: Einig im Kampf gegen China



Herausgeber:  
Bundesausschuss  
Friedensratschlag

Nov. - Dez. 2020/Nr. **6**

## SCHWERPUNKT

„Wir lehnen die Doppelstandards gegenüber Russland ab“	3
Polizeigewalt in den EU-Ländern	6
Afghanistan: Abschiebungen durch EU-Länder	8

## HINTERGRUND

Politische Eliten der USA einig gegen China	12
---	----

## FRIEDENSBEWEGUNG

Keine Menschenrechte für Palästina?	10
Friedensnetz Baden-Württemberg	15
Aktionstag 5.12. / Digitaler Friedensratschlag	16

## RUBRIKEN

Journalismus in der Ukraine	5
US-Unruhen: Hysterie und Heuchelei	7
Die Fluchtverursacher	9
„Bundestag 3 für Palästina“	11
Neue und feste Allianz China - Russland	13
Buchbesprechung: Die Revolution ist fällig	14

## IMPRESSUM

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

## Herausgeber:

Bundesausschuss Friedensratschlag  
Germaniastraße 14, 34119 Kassel  
www.friedensratschlag.de

## Redaktion:

Lühr Henken, Werner Ruf, Horst Trapp,  
Ewald Ziegler, V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

## Redaktionsanschrift:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.  
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,  
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 – 77,  
60329 Frankfurt am Main

e-Mail: info@frieden-und-zukunft.de

## Kontoverbindung:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.  
Frankfurter Sparkasse  
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90  
BIC: HELADEF1822

## Internetausgabe des Friedensjournals:

auf www.frieden-und-zukunft.de  
einschließlich digitalem Archiv ab 2010.  
ISSN 2193-9233

Aus dem Editorial der Ausgabe Nr. 3/2011: „In dem Schwerpunktthema dieser Ausgabe geht es um die doppelten Standards bei Menschenrechten als Argumentation bei Kriegstreibern.“

Insbesondere der Beitrag von Norman Paech: „Undefinierbare Menschenrechte – für jeden etwas?“ hat bis heute nichts an Aktualität verloren.

Die Ausgabe ist im digitalen Archiv abrufbar.



**FriedensJournal**  
Menschenrechte: Gegen das Lügen- und Verschweigekartell

Herausgeber:  
Bundesausschuss Friedensratschlag

Mai 2011 / Nr. 3

## Deutsche Politik: Führend bei doppelten Standards!

Liebe Leserinnen und Leser,

in der Ausgabe vom Mai 2011 hatten wir das Stichwort Menschenrechte auf der Titelseite (siehe unten).

Zwischenzeitlich waren Menschenrechte immer wieder mal - mehr oder weniger - das Stichwort für eine aggressive Außenpolitik gegenüber einzelnen Staaten.

Ging es bei dem Schwerpunktthema 2011 jedoch noch in erster Linie um die US-Politik, so widmen wir uns heute vor allem der deutschen Politik.

Von führenden deutschen Politikern werden die Menschenrechte in grotesker Weise bemüht, um mit dem ungeklärten und äußerst dubiosen Kriminalfall Nawalny Kriegspropaganda gegen Russland zu betreiben. Anders kann man es nicht bezeichnen, wenn unbewiesene Behauptungen zu "Bestrafungen" Russlands führen sollen. Russland wird dabei als Feindstaat dämonisiert und sämtliche partnerschaftlichen Beziehungen sollen abgerissen werden.

Alexander Neu ist Osteuropabeauftragter der Bundestagsfraktion Die LINKE und stellt in seinem Beitrag anlässlich der Nawalny-Debatte einige Beispiele doppelter Standards in der deutschen Politik vor. Wir verweisen ergänzend zur Nawalny-Debatte auch auf die Situation in der Ukraine (Seite 5), die in den hiesigen Medien praktisch totgeschwiegen wird.

Weltweit gibt es nicht nur zunehmend kriegerische Konflikte, sondern auch innenpolitisch zivilgesellschaftlichen Protest, zunehmend verbunden mit gewaltsamen Einsätzen und Übergriffe gegen friedlich demonstrierende Menschen. Der Umfang dessen ist kaum überschaubar bzw. medial darstellbar. Was jedoch für unkritische Medienkonsumenten offensichtlich wird, ist das gewaltsame Vorgehen der Polizei an ausgewählten Orten, wie in Belarus oder in Hongkong. Doch das brutale Vorgehen der Polizei in unserem Nachbarland Frankreich gegen die Gelbwesten-Bewegung wird kaum thematisiert, weshalb wir in einem Beitrag auf eine jüngste Studie von Amnesty International verweisen.

Am deutlichsten zeigt sich aber die Menschenrechts-Verlogenheit der deutschen Politik im Umgang mit Flüchtlingen. Die Einzelkatastrophe im Flüchtlingslager Moria auf Lesbos hat zwar das systematische Verschleppen von humanitärer Flüchtlingshilfe innerhalb der EU wieder auf die Agenda gesetzt, jedoch bisher wenig in Bewegung gesetzt. Ganz zu schweigen von einer Behandlung der Fluchtursachen. Denn dann wäre vor allem der Bundeswehreininsatz in Afghanistan zu hinterfragen, der demnächst in das zwanzigste Jahr (!) geht. In dem Beitrag von ProAsyl wird die menschenverachtende Abschiebe-Praxis von Deutschland und der EU gegenüber Menschen aus Afghanistan zusammenfassend dargestellt.

Völlig ignorant ist man hierzulande im Umgang mit den Menschenrechten für die Palästinenser im Westjordanland und dem Gaza-Streifen. Diese verschwinden hinter propagandistischen Vorwürfen von nicht zulässiger "Israelkritik". Dazu unser Beitrag von Wiltrud Rösch-Metzler mit ihren leidvollen Erfahrungen.

Der US-Wahlkampf mit der Zuspitzung auf die Personalien Trump versus Biden hat in den letzten Wochen und Monaten verdeckelt, dass die außenpolitischen Unterschiede zwischen US-Demokraten und Republikanern eher marginal sind. Dieses gilt vor allem für die Rüstungsausgaben, aber prinzipiell auch bezüglich der Konfrontation gegenüber China. Inwieweit dieses auch zu einer globalen Kriegsgefahr führt, hat Erhard Crome analysiert.

Direkt nach den US-Präsidentenwahlen ist unklar, wer die nächsten vier Jahre US-Präsident wird. Ein Sieger steht aber definitiv fest: Der militärisch-industrielle Komplex, der sich mittlerweile auch in Deutschland beängstigend entwickelt. Damit dieser gestoppt wird zugunsten einer sozial-ökologischen Konversion und einer neuen Entspannungspolitik gegenüber Russland, sollten wir am 5.12. bei bundesweiten Aktionen dezentral auf der Straße präsent sein, während der diesjährige Friedensratschlag nur digital stattfinden kann.

Die Redaktion

## „Wir lehnen die Doppelstandards gegenüber Russland ab“

Gespräch mit Alexander Neu, Osteuropabeauftragter der Bundestagsfraktion Die LINKE



Foto: Wikipedia

*Frage: Immer wieder kommt Kritik auf, dass Die Linke zu unkritisch gegenüber Russland und Putin sei. Teilst du diese Einschätzung? Eines der Beispiele, an denen dies festgemacht wird, sind Äußerungen zur Vergiftung von Alexei Nawalny, bei denen die Linke eine russische Beteiligung in Zweifel gezogen hat. Inzwischen bestätigt zumindest auch die OPCW, dass Nawalny mit Nowitschok, einem Gift, das in Russland entwickelt wurde, vergiftet wurde. Ist das eine Bestätigung für eine russische Beteiligung?*

A.N.: Nein! Die Linke ist nicht unkritisch gegenüber Russland, so wie wir auch nicht unkritisch gegenüber Regierungen anderer Staaten sind. Was wir, zumindest die Personen der Fraktion, die sich mit internationaler Politik und auch Russland befassen, dezidiert ablehnen, sind Doppelstandards und Doppelmoral. Und davon gibt es eine Menge in der deutschen Politik. Ich bevorzuge methodisch die Vogelperspektive und die Spiegelperspektive, um politische Sachverhalte zu bewerten.

Bei der Vogelperspektive geht es darum, von oben auf den Sachverhalt zu schauen, das heißt nicht aus der Perspektive eines Beteiligten, eines deutschen Politikers mit einer zum Beispiel klaren transatlantischen Haltung, sondern eher im Sinne eines Politikwis-

senschaftlers, der ich ja auch bin. Bei dieser Perspektive müssen alle relevanten Fakten bewertet werden und nichts darf unter den Tisch fallen, damit die eine Seite als „gut“ und die andere als „böse“ dargestellt werden kann. Am Beispiel Nawalny lässt sich das illustrieren: Nawalny wird von der herrschenden Politik als „Kreml-Kritiker“ kurzum als Held gegen Putin gefeiert. Im politischen Berlin höre ich von Russlandkennern und RussInnen, dass Nawalny keine große Nummer in Russland sei – was also im Gegensatz zur deutschen Darstellung steht. Das passt auch gut zu einem Beitrag des „Weltspiegels“ oder „Auslandsjournal“ im Jahre 2018. Dort wurde ein Beitrag über den nicht zur Kandidatur für das russische Präsidentenamt zugelassenen Nawalny gesendet. Mit keinem Wort wurde der erfolgversprechendste Gegenkandidat, Pawel Grudinin, der von der KPRF (Kommunistische Partei der Russischen Föderation) nominiert wurde, erwähnt. Grudinin erhielt mit 11,8 Prozent mehr Stimmen als alle übrigen Kandidaten der Opposition zusammen. Dies wurde auch schon bei Umfragen zuvor deutlich. Die oben erwähnte Berichterstattung hielt es nicht für notwendig, zumindest Grudinin mal zu erwähnen, vermutlich, weil er für die KP kandidierte. Diese wichtige Information wurde dem Zuschauer/der Zuschauerin im deutschen Fernsehen vorenthalten.

Aber über einen selbsternannten Kreml-Kritiker, der vor rechtsextremistischen Äußerungen in der Vergangenheit nur so trieft, wird wohlwollend berichtet – allerdings nicht über seine rechtsextreme und rassistische Gesinnung, sondern nur, dass er der Held gegen Putin ist.

Die Spiegelmethode zwecks Analyse und Bewertung eines Sachverhaltes funktioniert in ihrer Anwendung simpler, da sie auf die Offenlegung von Doppelstandards abzielt: Wenn die US-Navy in der östlichen Ostsee oder der Barentssee nahe der russischen Grenzen schippert, ist das völlig normal für den deutschen Otto-Normal-Politiker und russische Kritik daran wird als unverschämte zurückgewiesen. Wenn jedoch

die russische Marine den befreundeten Inselstaat Kuba besucht und dabei in den Golf von Mexiko oder die Karibik einläuft, ist das Geschrei groß, was Russland sich anmaße. Auf die Idee, dass beide Verhaltensweisen gleich bewertet werden müssen, kommen hiesige transatlantische Wald-und-Wiesen-PolitikerInnen nicht unbedingt. Um die sehr effektive Spiegelmethode zur Entlarvung von Doppelstandards zu diskreditieren, kommt ein in der politischen Alltagskommunikation neuer Begriff ins Spiel: „Whataboutism“. Damit soll diejenige Person, die die Doppelstandards hervorhebt, als Leugner oder zumindest als Relativierer von Missständen entblößt werden. Um die Sache rund zu machen, wird die „Whataboutism“-Technik als alte sowjetische beziehungsweise neue russische Propagandataktik erklärt.

Nun zu dem Vergiftungsvorwurf von Nawalny: Die Bundesregierung erklärt auf der Grundlage einer Untersuchung eines Labors der Bundeswehr, einen Nervengiftkampfstoff von der Nowitschok-Gruppe festgestellt zu haben. Die OPCW kommt zu dem gleichen Ergebnis. Zugleich wird auch der Täter seitens der Bundesregierung präsentiert: Die russische Regierung gegebenenfalls auf Putins Befehl sogar. Beweise für die Urheberschaft gibt es nicht. Stattdessen wird – neuerdings als neues Wortinstrument als Ersatz für fehlende Beweise – von „Plausibilität“ geschwafelt. Wer dieses Narrativ in seiner unbewiesenen Form anzweifelt und stattdessen Untersuchungen in alle Richtungen einfordert, so wie es unser außenpolitischer Sprecher Gregor Gysi oder die Obfrau im Auswärtigen Ausschuss, Sevim Dağdelen, getan haben, wird unmittelbar als Verschwörungstheoretiker oder Putin-Lakai diffamiert. Das heißt, dass das Einfordern rechtsstaatlicher Prinzipien in diesem Falle seitens der herrschenden Politik unerwünscht ist. An dem von ihr ausgegebenen Narrativ darf nicht gerüttelt werden. Mein Verständnis von Links-Sein ist es, solche Ereignisse und die sie erklärenden Narrative kritisch zu hinterfragen.

Ob nun die russische Regierung oder nachgeordnete staatliche Stellen die Urheber dieser Vergiftung sind, entzieht sich meiner Kenntnis. Und im Gegensatz zur Bundesregierung will ich nicht spekulieren beziehungsweise diese Spekulation als Tatsache verkaufen. Interessant ist aber, dass die deutsche Seite zwischenzeitlich vier Rechtshilfeersuchen Russlands bislang nicht positiv beantwortet hat. Dies hat der Außenminister-Darsteller Maas mir in der Fragestunde des Deutschen Bundestages bestätigt. Fragt sich nur: Warum wird den russischen Rechtshilfeersuchen deutscherseits nicht stattgegeben?

Kurzum: Die deutsche Seite fordert von Russland, Ermittlungen aufzunehmen, verhindert jedoch ihrerseits die positive Beantwortung der russischen Rechtshilfeersuchen und untergräbt damit russische Aufklärungsarbeit. Wie passt das zusammen? Warum kooperieren die deutschen Stellen nicht mit den russischen Behörden? Und warum berichten deutsche Leitmedien in ihrer Funktion als vierte Gewalt nicht darüber?

Nun zurück zum Vorwurf, Die Linke beziehe sich positiv auf Russland oder andere „autoritär geführte Staaten“. Nein, die Linke kritisiert die Doppelstandards der hiesigen Politik gegen Russland und andere Staaten. Nehmen wir das Beispiel Venezuela. Mein Kollege Andrej Hunko traf sich mit dem Präsidenten Maduro und dem Möchtegern-Präsidenten Guaidó, der von westlichen Staaten, darunter der Bundesregierung, als Präsident anerkannt wurde – übrigens völkerrechtswidrig.

In den Medien wird dargestellt, Hunko habe sich mit dem Präsidenten Maduro getroffen. Das Treffen mit Guaidó wird indes verschwiegen. Aber eine korrekte Berichterstattung wäre, auf beide Treffen hinzuweisen und die Vermittlungsbemühungen von Hunko zu erwähnen. Das wurde aber unterlassen. Diese Informationsauslassung wurde im Anschluss genutzt, um Hunko und die Linke zu diffamieren. Dass unser Außenminister-Darsteller Maas sich hingegen mit dem brasilianischen Faschisten Bolsonaro händeschüttelnd ablichten lässt, scheint für die hiesigen Medien völlig okay zu sein. Auch hier

gilt: die Linke lehnt Doppelstandards ab.

*Frage: Es fällt auf, dass die Linke Russland gegenüber wenig Kritisches sagt, wie z.B. zur neoliberalen Politik im Inland?*

A.N.: Nun, selbstverständlich kritisiert die Linke auch innenpolitische Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der russischen Politik. Aber, zu allererst ist die Linke eine deutsche Oppositionspartei, die die politischen Entscheidungen und Entscheidungsprozesse in Deutschland zu kontrollieren und zu hinterfragen hat, nicht die russischen, die chinesischen, die US-amerikanischen oder die äthiopischen. Dafür werden weder die Linke noch die anderen Parteien in Deutschland gewählt – zumal das nicht unserem Aufgabenspektrum entspricht.

Für die Kritik an innenpolitischen Entscheidungen anderer Staaten sind deren parlamentarische und außerparlamentarische Parteien und Organisationen zuständig – und nicht Deutschland. Bei solchen Forderungen schwingt auch immer ein gewisses Maß an westlicher Arroganz mit. Wir, der Westen, erklären Euch, wie Ihr Euch zu verhalten habt. Dass finde ich inakzeptabel.

Vor allem wird diese Moralkeule gerne gegen unliebsame Regierungen eingesetzt, während bei verbündeten Staaten respektive Regierungen alle Augen zugeedrückt werden, weil strategische Interessen dann doch schwerer wiegen als moralische Bedenken – siehe der unkritische Umgang mit der Türkei oder schauen wir nach Polen und Ungarn. Keinerlei Sanktionen habe diese Staaten zu befürchten, weil sie für deutsche Interessen zu wichtig sind.

*Frage: Wäre es nicht möglich, ein Ende der Eskalationspolitik gegenüber Russland zu fordern und gleichzeitig deutlicher zu machen, dass man auch Kritik an der russischen Politik hat?*

A.N.: Man kann das eine tun, ohne das andere zu unterlassen. Die Linke hat beispielsweise erhebliche Kritik an der massiven Erhöhung des Renteneintrittsalters für russische BürgerInnen geübt. Aber nochmal: Das ist prioritär die Aufgabe der russischen Opposition, nicht der deutschen.

Wenn man in der Politik Kritik an innenpolitischen Entscheidungen anderer Regierungen übt, dann stellt sich die Frage mit welcher Intention: Übt man freundschaftlich motivierte Kritik auf Augenhöhe und berücksichtigt man dabei erstens den gesellschaftlich-historischen Kontext dieses Landes und die eigene historische Rolle (Deutschlands Vernichtungskrieg gegenüber der Sowjetunion) und zweitens die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates (im Übrigen eine Norm des Völkerrechts).

Oder: Hat die Kritik nicht eher einen instrumentellen Charakter, um das Land zu demütigen und im Kampf der Großmächte die „moralische Überlegenheit des Westens“ zu demonstrieren.

*Frage: Vor den US-Präsidentenwahlen behaupteten US-Demokraten und Mainstreammedien weiterhin hartnäckig, Putin hätte Trump 2016 ins Amt verholfen (Stichwort: Russiagate). Andererseits verfolgt das Trump-White-House eine russlandfeindliche Politik (schwere Bewaffnung der Ukraine, Luftschläge gegen Assad, massive Sanktionen u.v.m.). Hat Putin Trump nun in der Tasche oder ist alles nur Stimmungsmache?*

A.N.: Dass kann ich nicht beurteilen, da mir die Faktenlage im Einzelnen nicht vertraut ist. Es kann sein, dass Russland Trump unterstützt hat, es kann aber auch sein, dass es eine antirussische Erzählung ist, um zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Trump zu desavouieren und Russland als finstere Macht darzustellen, das die „älteste und beste Demokratie der Menschheit“ schaden möchte. Ich möchte da ein wenig auf die „Whataboutism“-Propagandatechnik zurückgreifen:

Die Washington Post, eine renommierte US-Tageszeitung, berichtete am 27. September 2019 unter der Überschrift „Trump told Russian officials in 2017 he wasn't concerned about Moscow's interference in US-election“, dass Trump gegenüber zwei hochrangigen russischen Vertretern freimütig eingeräumt hätte: „(...) the United States did the same in other countries“. Wie Recht er doch damit hat:

Die USA mischen sich in die Wahlen vieler Länder ein, so auch in Russland beispielsweise sehr massiv 1996, um ihren Wunsch Kandidaten, den unfähigen und stets alkoholisierten, Jelzin als Garant einer zerstörten russischen Staatlichkeit erneut zum Sieg bei den Präsidentschaftswahlen zu verhelfen.

Aber auch andere, härtere Methoden als die Wahleinmischung sind der US-Politik, aber auch der Politik europäischer Mächte nicht unbekannt, um unliebsame Regierungen loszuwerden: Die Regime-Change-Politik (euphemistisch als „Farbenrevolutionen“ bezeichnet) – mal gewaltlos,

mal gewaltvoll, je nach Hartnäckigkeit des jeweiligen Regimes, dass nicht gestürzt werden will. Ein zentrales Instrument westlicher Interventionspolitik zum Regierungssturz sind westliche oder vom Westen finanzierte und personell betreute sogenannte nationale NGOs' sowie unilaterale Sanktionen gegen diese Staaten.

All dies zeigt, wie wichtig eine Linke ist, die die Widersprüche, die die Doppelstandards, die die Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik, die die brutale Interessen- und Kriegspolitik jenseits der offiziellen Moralkommunikation der Herrschenden offenlegt. Eine Linke, die

dies nicht mehr zu leisten vermag oder nicht mehr leisten will, ist überflüssig.

Schlimmer noch: Wenn eine Linke dies nicht zu leisten vermag, verschwindet auch die Vision einer politischen Alternative. „*There is no alternative*“ ist der Slogan des Neoliberalismus. Keine Alternative zum Neoliberalismus, so die Botschaft ihrer Vertreter, abgesegnet durch eine linke Partei.

*Der Beitrag erschien am 28.10.2020 auf der Website „Die Freiheitsliebe – Dein Portal für kritischen Journalismus.“ Die Fragen stellte Jakob Reimann. Der Beitrag wurde redaktionell gekürzt.*

## Maidan-Journalist wurde von Deutschland als politischer Flüchtling anerkannt

Die Ukraine wird immer korrupter und gefährlicher auch für westlich orientierte Journalisten. Der in der Ukraine sehr bekannte Fernsehjournalist Alexej Bobrownikow, der die „Maidan-Revolution“ aktiv unterstützte, bekam Anfang September politisches Asyl in Deutschland. Die Bundesregierung fährt jetzt die Ernte ihrer Politik ein. 2014 redete man einen von Faschisten und korrupten ukrainischen Oligarchen organisierten Staatsstreich schön. Dann behauptete man, die Ukraine sei auf dem Weg zur Demokratie. Verschwiegen aber wird, dass nicht nur russlandfreundliche ukrainische Journalisten und Oppositionelle, sondern auch einzelne kritische, westlich orientierte Journalisten in der Ukraine in Angst leben und flüchten müssen. [...]

Bobrownikow, der für den ukrainischen Fernsehkanal 1+1 arbeitete und zum Schmuggel im ostukrainischen Kriegsgebiet Filme machte, musste aus der Ukraine flüchten, weil er Drohanrufe erhielt und Andrej Galuschenko, sein Hauptzeuge für die Beteiligung ukrainischer Soldaten am Schmuggel, getötet wurde.

Journalisten, die aktiv Korruption aufspüren, stören korrupte ukrainische Oligarchen und nationalistische ukrainische Militärs, die sich seit sechs Jahren an einer illegalen Kriegs- und Schmuggelwirtschaft bereichern.

2016 wurde der westlich orientierte, liberale Journalist Pawel Scheremet durch eine Bombe getötet. Die Mörder von Scheremet sind nach Angaben der ukrainischen Polizei fünf ukrainische Ultrationalisten, die im Donbass gekämpft haben.

Dass es in der Ukraine nach der Maidan-Revolution mit der Korruption durch Oligarchen weitergehen würde, war schon 2014 abzusehen. Denn eben ukrainische Oligarchen waren ja diejenigen, welche den Maidan mit organisierten, finanzierten und über ihre Medien eine pro-europäische und anti-russische Stimmung aufbauten.

Diese Medien und Oligarchen geben sich als „ukrainische Patrioten“. Hinter diesem Schutzschirm betreiben die Oligarchen ihre oft korrupten Geschäfte und schaffen, wie der ehemalige Präsident Petro Poroschenko, die Gewinne in Offshore-Zonen, während das ukrainische Volk verarmt und sich auf Erdbeer- und Spargelplantagen in Polen und Deutschland ein Auskommen verdienen muss. [...]

Während in 24 nachsowjetischen Jahren nur ein bekannter Journalist – Grigori Gongadse – ermordet wurde (das war im Jahre 2000), gab es in den sechs Jahren nach dem Maidan gleich zwei Journalisten-Morde und zahlreiche weitere Fälle von Hausarresten, Gefängnisstrafen und anderer Repression.

Im April 2015 wurde der russlandfreundliche Journalist Oles Busyna – mutmaßlich von ukrainischen Rechtsradikalen – vor seinem Haus erschossen. Im Juli 2016 wurde der westlich orientierte Journalist Pawel Scheremet mit einer unter einem Auto befestigten Bombe getötet.

Zu den wichtigsten Repressionen gegen ukrainische Journalisten nach dem Maidan gehörte auch der Brandanschlag auf den Fernsehkanal „Inter“ im September 2016. Grund war eine angeblich russlandfreundliche Berichterstattung. Im Juli 2018 wurde der Fernsehkanal „112“ von Ultrationalisten mit Granaten beschossen, weil der Kanal einen Film des US-Regisseurs Oliver Stone über den Staatsstreich in der Ukraine ausstrahlen wollte.

Der ukrainische Journalist Ruslan Kotsaba saß 2015/16 einhalb Jahre wegen eines Aufrufs zur Kriegsdienstverweigerung in einem ukrainischen Gefängnis. Er wurde zwar von Amnesty International als Gewissenshäftling anerkannt. Aber die großen deutschen Medien schwiegen zum Fall Kotsaba.

Zahlreiche Journalisten aus der EU bekamen Einreiseverbot in die Ukraine, weil sie die Volksrepubliken Donezk oder Lugansk besucht hatten.

*Quelle: Nachdenkseiten (Ulrich Heyden) – 22.9.2020*

# Doppelte Standards: Polizeigewalt in den EU-Ländern

von der Redaktion German Foreign Policy



**ARRESTED FOR PROTEST**  
WEAPONIZING THE LAW TO CRACKDOWN ON  
PEACEFUL PROTESTERS IN FRANCE

Titelseite der Studie von  
Amnesty International



Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International verstärkt ihre Kritik an Polizeigewalt in der EU. In Frankreich habe das Vorgehen der Behörden gegen die Proteste etwa der Gilets Jaunes ("Gelbwesten") gezeigt, dass man mit der Teilnahme an Demonstrationen nicht nur ein ernstes Risiko eingehe, schuldlos Verletzungen durch Polizeiwaffen zu erleiden. Es seien auch zahlreiche Regierungsgegner vor Gericht gestellt worden, "ohne Gewalttaten begangen zu haben", heißt es in einem kürzlich publizierten Amnesty-Bericht. Die Organisation hatte schon zuvor die Polizeigewalt in Deutschland angeprangert und fordert, diesbezüglich unabhängige Beschwerdestellen einzurichten. Studien bestätigen, dass Polizeigewalt in der Bundesrepublik meist strafflos bleibt. Hinzu kommt, dass unter deutschen Polizisten extrem rechte Einstellungen und Netzwerke verbreitet sind. Die Polizeipraktiken in westlichen Staaten, nicht zuletzt in den USA, kontrastieren mit der Berliner Gewohnheit, sich, sobald in gegnerischen Staaten Polizeigewalt verübt wird, zum globalen Lehr- und Strafmeister aufzuschwingen.

## Gefährliche Freiheiten

Schwere Vorwürfe gegen die französischen Behörden erhebt Amnesty International in einem gestern publizierten Bericht. Demnach gehen Polizei und Justiz in Frankreich unverhältnismäßig und unter Bruch international

gültiger Menschenrechtsnormen gegen Demonstranten vor, auch wenn diese sich nichts haben zuschulden kommen lassen. Amnesty belegt dies anhand zahlreicher Vorfälle im Kontext mit den Protesten der Gilets Jaunes ("Gelbwesten"), bei denen zwischen dem 17. November 2018 und dem 12. Juli 2019 mindestens 11.203 Menschen in Gewahrsam genommen, 5.241 angeklagt sowie 3.204 verurteilt worden waren. Dabei genügte bereits das Äußern von Kritik, um eine harte Strafe wegen Beamtenbeleidigung zu kassieren; wer eine Schutzbrille gegen das von der Polizei exzessiv eingesetzte Tränengas trug, konnte aufgrund angeblicher Vorbereitung von Straftaten vor Gericht gestellt werden.

Bereits im Mai 2019 hatten französische Medien berichtet, während der Proteste seien nach offiziellen Angaben 2.448 Demonstranten verletzt worden; 24 von ihnen hätten - meist durch Gummigeschosse der Polizei - ein Auge, fünf eine Hand verloren. Elf Menschen seien, meist durch Verkehrsunfälle am Rand der Proteste, ums Leben gekommen. Amnesty konstatiert: "Teilnahme an Protesten im Frankreich beinhaltet heute das Risiko, Tränengas, Gummigeschossen und anderen gefährlichen Waffen ausgesetzt zu werden; eine Strafe zu kassieren; einen oder zwei Tage in polizeilichem Gewahrsam zu verbringen; und vor Gericht gestellt zu werden, ohne Gewalttaten begangen zu haben. Daraus ergäben sich *"weitreichende Folgen"* für die Versammlungsfreiheit.

## Aus dem Rollstuhl gekippt

Scharfe Kritik an Polizeigewalt wird regelmäßig auch in Deutschland laut, so zum Beispiel am brutalen Vorgehen der Repressionsbehörden gegen die Proteste am Rande des G20-Gipfels 2017 in Hamburg; zuletzt wurden im Windschatten der "Black Lives Matter"-Proteste in den USA eine Reihe gewalttätiger Übergriffe durch deutsche Polizisten bekannt. Jüngst, am 15. August, wurden annähernd 100 Teilnehmer einer Protestdemonstration gegen eine extrem rechte Kundgebung unter

Einsatz von Schlagstöcken und Pfefferspray in einen engen Tunnel getrieben und dort von beiden Seiten her aneinander gedrängt; Betroffene beklagten akute Atemnot. Im weiteren Verlauf schlugen Beamte auf Bewusstlose ein und kippten einen Rollstuhlfahrer aus seinem Rollstuhl. Amnesty International dringt mittlerweile auf die Einrichtung unabhängiger Beschwerdestellen in puncto Polizeigewalt. Verlässliche Statistiken über Polizeigewalt in Deutschland liegen nicht vor. Für das Jahr 2019 zählt die Polizeiliche Kriminalstatistik 1.500 Fälle von Körperverletzung im Amt, von denen allerdings nur zwei Prozent zu einer Anklage und weniger als ein Prozent zu einer Verurteilung führten. Eine wissenschaftliche Untersuchung zeigt, dass lediglich 14 Prozent aller polizeilichen Übergriffe angezeigt werden - dies, weil die Opfer sich keine Hoffnung auf Erfolg machen. Dabei bestätigten in der erwähnten Untersuchung 71 Prozent der Befragten, Verletzungen erlitten zu haben; 19 Prozent nannten sogar schwere Verletzungen, etwa Knochenbrüche.



Les Gilets Jaunes, 19.1.2019,  
Foto: Patrice Calatayu (Flickr)

## Extrem rechte Polizeinetzwerke

Im Zusammenhang mit - nicht selten rassistischer - Polizeigewalt ist von Bedeutung, dass in den deutschen Repressionsbehörden extrem rechte Ein-

stellungen sowie Netzwerke verbreitet sind. Seit vor rund drei Jahren ultrarechte Netzwerke aufflogen, an denen Polizisten und Soldaten beteiligt waren und die planten, im Fall einer Katastrophe oder etwa einer "Invasion von Flüchtlingen" missliebige Politiker und Linke festzusetzen oder zu ermorden, werden immer wieder ultrarechte Strukturen unter Einschluss von Mitarbeitern der Repressionsbehörden bekannt. Teilweise handelt es sich um lockere Chatgruppen, in denen rassistische, teils NS-verherrlichende Bilder zirkulieren; teilweise handelt es sich um klandestine Zusammenschlüsse, die Morddrohungen an missliebige Personen versenden, darunter insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund. Wie stark die extrem rechten Netzwerke sind, ist nicht bekannt. Laut Untersuchungen aus den 1990er Jahren weisen bis zu 15 Prozent aller Polizisten extrem rechte Einstellungen auf; jüngere Studien liegen nicht vor. Ein Lagebericht des Bundesamts für Verfassungsschutz verzeichnet für den Zeitraum von Januar 2017 bis März 2020 rund 350 "Verdachtsfälle" in den deutschen Repressionsbehörden; allerdings handelt es sich dabei lediglich um bereits angezeigte Personen. Dass die Zahl 350 tatsächlich viel zu niedrig ist, zeigt, dass alleine in Nordrhein-Westfalen mittlerweile von mehr als 100 extrem rechten Polizisten ausgegangen wird; dabei gilt es als ausgemacht, dass auch dies nur die Spitze eines Eisbergs darstellt.

Polizeigewalt, im Westen verbreitet und zuletzt sogar zunehmend, wird von

der deutschen Politik regelmäßig kritisiert und gelegentlich auch zum Anlass von Sanktionen genommen - allerdings nur dann, wenn es sich um Polizeigewalt in rivalisierenden oder gegnerischen Staaten handelt. Im Juni etwa erklärte Außenminister Heiko Maas, die Massenproteste in den USA gegen rassistische Polizeigewalt seien "*verständlich und mehr als legitim*". Die Proteste richten sich nicht zuletzt gegen die Politik der Trump-Administration, gegen die Berlin und die EU ihre eigenständige Weltpolitik durchzusetzen suchen.

### "Allerhöchste Standards"

Maas reagierte mit seiner Äußerung zugleich darauf, dass unmittelbar zuvor ein Journalist der regierungsfinanzierten Deutschen Welle in Minneapolis von bewaffneten Polizisten zum Abbruch seiner Berichterstattung über die Proteste gezwungen worden war. Der Journalist war schon zuvor - in sicherer Entfernung von den Protesten seiner Arbeit nachgehend - durch ein Geschoss, das nahe an ihm vorbeipiff, eingeschüchtert worden; mutmaßlich handelte es sich um ein Gummigeschoss aus einer Polizeiwaffe. Maas sah sich daraufhin zu der Bemerkung veranlasst, in Sachen Pressefreiheit müssten "*allerhöchste Standards*" gelten. Weitere Folgen hatte der Vorfall nicht: Die USA sind unbeschadet aller Rivalitäten zugleich auch Verbündeter.

### Sanktionen

Anders verhält es sich bei Protesten etwa in Hongkong, wo Demonstranten im vergangenen Jahr unter anderem

Einkaufszentren, U-Bahn-Stationen und Universitätsgebäude verwüsteten und eine Reihe von Polizeiwachen in Brand setzten. Vor dem Hintergrund der Gewalt erklärte Maas mit Blick auf das zuweilen harte Vorgehen der Hongkonger Polizei, "*freie Meinungsäußerung*" müsse "*auch in Zukunft gewährleistet sein*"; sie dürfe keinesfalls "durch übermäßige Gewaltanwendung eingegrenzt werden". Ende Juli 2020 beschloss die EU Boykottmaßnahmen: Geräte, die für den Einsatz gegen Demonstranten und gegen Regierungsgegner genutzt werden können, dürfen nicht mehr nach Hongkong geliefert werden. Außenminister Maas erklärte dies zum "*Zeichen der Solidarität*". Ähnliches wäre gegenüber westlichen Staaten nicht vorstellbar. Die doppelten Standards, die Berlin und seine westlichen Verbündeten sich selbst gegenüber auf der einen, gegenüber weltpolitischen Rivalen und Gegnern auf der anderen Seite anlegen, hatte bereits zuvor der FDP-Vorsitzende Christian Lindner unfreiwillig offengelegt. Lindner twitterte, als Hongkongs Behörden es untersagten, sich bei Protesten zu verhüllen: "*Das Tragen von Atemschutzmasken durch ein Vermummungsverbot zu verbieten, ist ein weiteres Beispiel der Repression in Hongkong*"; "*wir stehen an der Seite derer, die friedlich für ihre Freiheit auf die Straße gehen*." In Deutschland gilt ein striktes Vermummungsverbot, beschlossen von einer Regierungskoalition mit FDP-Beteiligung, schon seit den 1980er Jahren - nimmt man Lindner beim Wort, nur ein weiteres Beispiel für die deutsche Repression.

## US-Unruhen: Hysterie und Heuchelei

Die Betrachtung der Unruhen in den USA als Reaktion auf den Mord an einem Afroamerikaner durch einen weißen Polizisten mündet in zahlreiche Widersprüche. Das betrifft zum einen Fragen des strukturellen Rassismus in dem Land: Das Maß der Skandalisierung, die dieser Rassismus erfährt, variiert stark – je nachdem, welches Medium sich wann dazu äußert. Es betrifft auch Fragen rund um das Thema Militanz: Die Darstellung ihrer zweifelhaften Berechtigung, ihres Potenzials zur Dämonisierung von Protesten sowie ihre politische Bewertung sind widersprüchlich – je nachdem, ob die Militanz z.B. in Venezuela oder in den USA bzw. Deutschland entfaltet wird und wer sie kommentiert.

Und es betrifft Fragen zu US-Präsident Donald Trump: Die mediale Darstellung des Politikers ist ebenso verlogen wie er selber – die Fixierung auf das Schreckgespenst Trump erscheint zusätzlich als Suche nach einem Sündenbock und sie erweckt den falschen Eindruck, Rassismus sei ein neues Phänomen in den USA oder Trump sei in der US-Politik das größte denkbare Übel. [...]

Es gab auch früher bereits zahlreiche Widerstände gegen rassistische Strukturen in den USA. Aus jüngerer Vergangenheit vor Trump sei an die 2013 entstandene Bewegung „Black Lives Matter“ erinnert. Auch militante Proteste gegen rassistische und nicht angemessen geahndete Polizeigewalt gab es bereits zahlreiche, etwa Ferguson 2015 [...]

Quelle: *Nachdenkseiten* (Tobias Riegel) – 3.6.2020

# Afghanistan: Abschiebungen durch EU-Länder ungebrochen

von Pro Asyl, Frankfurt a.M.

Vor vier Jahren schlossen die Bundesregierung und die EU jeweils Deals mit Afghanistan ab, um Abschiebungen in das Kriegsland zu forcieren. Im Gegenzug wurden dem Land Entwicklungsgelder zugesagt. Der EU-Deal »Joint Way Forward« wurde nun bis 31.12.2020 verlängert, die EU will aber ein neues Abkommen zum Abschluss bringen.

Unmittelbar nach Abschluss des »Joint Way Forward« (JWF) und des bilateralen Abkommens zwischen Deutschland und Afghanistan am 2. Oktober 2016 begannen die ersten Sammelabschiebungsflüge in das von Gewalt und Kämpfen erschütterte Afghanistan.

Im Zentrum des EU-Papiers stand nicht etwa die wirtschaftliche Entwicklung Afghanistans, sondern der Ausbau einer Abschiebungslogistik, um Rückführungen nach Afghanistan zu erleichtern, unter anderem durch die Einführung eines Passersatzpapiers, um Geflüchtete abschieben zu können und eines neuen, eigens für Rückführungen geschaffenen Terminals am Kabuler Flughafen.

Auch sollten in den ersten sechs Monaten nicht mehr als 50 Personen pro Flug abgeschoben werden, die Zahl der Flüge wurde jedoch nicht limitiert. Das Abkommen wurde am EU-Parlament vorbei abgeschlossen und ist ohne rechtliche Bindung.

Zwischen 13. September 2016 und 30. März 2020 hat die EU mit 73 Frontex-Charterflügen 1.844 Afghan\*innen rückgeführt, gemäß einer Auskunft der EU-Kommission vom 24. Juli 2020. Zusätzlich wurden auf Linienflügen zwischen 9. Mai 2019 und 30. März 2020 weitere 58 Afghan\*innen mit Hilfe von Frontex rückgeführt; weitere mögliche Abschiebungen direkt aus den Mitgliedstaaten sind in der Antwort nicht enthalten.

## Wohin steuert Afghanistan?

Die EU schließt sogar Abschiebungen von jungen, unverheirateten Frauen sowie unbegleiteten Minderjährigen nicht aus – und behält sich dies auch künftig vor. Bemühungen von afghanischer Seite in den Verhandlungen, die-

se Gruppen von Abschiebungen auszunehmen, blieben ohne Erfolg.

»Joint Way Forward« wurde inzwischen bis Jahresende 2020 verlängert. Für die Zeit danach verhandelt die EU mit Afghanistan derzeit an einem weiteren Rückführungsdeal, um Abschiebungen in das gefährlichste Land der Welt weiter durchzusetzen.

## Auch Deutschland schiebt in das Kriegsland ab

Die Abschiebungen aus Deutschland hatte die Bundesregierung gegenüber Afghanistan mit einem eigenen Abkommen bilateral forciert. Ab Dezember 2016 starteten – bis auf wenige Ausnahmen – regelmäßig monatliche Sammelabschiebeflüge aus Deutschland Richtung Kabul, zuletzt im März 2020. Die Flüge sind seitdem pandemiebedingt auf Bitten der afghanischen Regierung ausgesetzt, die Bundesregierung macht aus ihrer Eile, sie wieder anlaufen zu lassen, jedoch keinen Hehl.

## Lage für Abgeschobene gefährlich und prekär

Eine Beschränkung der Abschiebungen auf Personen, die von Behörde als Straftäter, Gefährder oder sogenannte »Identitätsverweigerer« eingestuft werden, hatte die Bundesregierung nur zeitweise unter dem Eindruck eines verheerenden Anschlags auf die deutsche Botschaft in Kabul Ende Mai 2018 eingeführt.

## Lage Abgeschobener in Afghanistan

Seit Juni 2018 ist es den Bundesländern freigestellt, ob und, wenn ja, in welchem Umfang sie sich an den schändlichen Sammelabschiebungen beteiligen. Von dieser Möglichkeit machen die Bundesländer in unterschiedlichem Maße Gebrauch. Familien, Frauen und Kinder werden faktisch bisher zwar nicht abgeschoben. Anders als oftmals öffentlich behauptet, handelt es sich bei dem Großteil der Abgeschobenen jedoch um Männer, die sich nichts zu Schulden haben kommen lassen, ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland hatten und teilweise noch nie in Afghanistan waren.

Und auch vor der Abschiebung von kranken Menschen in das Bürgerkriegsland wird nicht zurückgeschreckt. Deutschland hat auf insgesamt 33 vom Bund organisierten Abschiebungsflügen 907 Menschen nach Afghanistan abgeschoben.

Eine Studie zur Situation von aus Deutschland abgeschobenen Afghanen aus 2019 belegt, dass die Betroffenen zumeist unmittelbar nach ihrer Ankunft Gewalt, Bedrohung und Elend ausgesetzt sind und sich in den meisten Fällen zur erneuten Flucht gezwungen sehen.

## Hunderttausende Rückkehrer\*innen und Binnenvertriebene

Afghanistan versinkt weiter im Chaos. Das Land ist kaum in der Lage, Hunderttausende Afghan\*innen, die Iran und Pakistan zwangsweise verlassen mussten, zu versorgen. Allein seit Jahresbeginn 2020 bis 19. September waren dies laut UNHCR (UN Refugee Agency) ca. 550.000 Menschen.

Auch die Türkei schiebt massiv nach Afghanistan ab. Exakte Zahlen gibt es nicht, aber eine Größenordnung: 2019 waren laut OCHA (UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs) mindestens 16.000 Afghan\*innen davon betroffen, IOM (International Organization for Migration) vermeldete bis Mitte November 2019 sogar rund 24.000 Rückführungen von der Türkei nach Afghanistan.

Die Türkei hatte die Abschiebung von 100.000 Afghan\*innen in 2019 angedroht (gemäß OCHA-Bericht), die Lage afghanischer Geflüchteter im Land wird von Tag zu Tag prekärer.

Hinzu kommen weitere rund 185.000 Binnenvertriebene seit Jahresbeginn 2020 aufgrund von Konflikten und Gefechten in 30 von 34 Provinzen des Landes (Quelle: OCHA, Stand 27.9.2020).

## Gewalt in Afghanistan geht weiter

Laut Global Peace Index 2020 ist Afghanistan bereits das zweite Jahr in Folge das unsicherste Land der Welt – noch vor Syrien. Der Halbjahresbericht

2020 der UNAMA (UN Assistance Mission in Afghanistan) zeigt, dass die Gewalt in Afghanistan weiter ungebrochen ist und tausende zivile Opfer fordert. Zwar sei die Zahl mit insgesamt 3.484 dokumentierten Toten und Verletzten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum leicht rückläufig; UNAMA schreibt diese Entwicklung dem Rückzug der US-Truppen und dem geringeren Anteil durch Anschläge und Gefechte mit Beteiligung des sogenannten Islamischen Staates (IS) zu.

Die Gewalt zwischen Taliban und den afghanischen Regierungskräften geht trotz innerafghanischer Verhandlungen seit dem 12.9.2020 in Doha jedoch unvermindert. Dem Long War Journal zufolge sind 66% des Landes entweder in Taliban-Hand oder zwischen Taliban und den Regierungskräften umkämpft.

### Corona-Pandemie verschärft die Lage

Noch vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie war laut Schätzungen von OCHA mehr als ein Viertel der Bevölkerung Afghanistans auf humanitäre Hilfe angewiesen (9.4 von rund 38 Millionen). Wie das kaum existierende Gesundheitssystem in Afghanistan den

Ausbruch von Covid-19 bewältigen soll, ist unklar.

Nach Recherchen der Wissenschaftlerin Friederike Stahlmann standen im März im Afghan-Japan-Krankenhaus in Kabul, das zur nationalen Anlaufstelle für behandlungsbedürftige Corona-Patient\*innen bestimmt wurde, lediglich 100 Betten zur Verfügung. Zudem sei es nur möglich, vier (!) Patient\*innen gleichzeitig mit Sauerstoff zu versorgen.

Die afghanische Regierung hatte zur Eindämmung der Pandemie einen Lockdown bis einschließlich September beschlossen. Der Lockdown hat unter anderem zur Folge, dass auch NGOs und humanitäre Organisationen in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt sind und daher ihre dringend benötigte Unterstützung nicht bekommt oder für die Betroffenen nicht erreichbar ist. In Folge der Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus haben 2 Millionen Afghan\*innen ihre Jobs verlo-

ren, der Arbeitsmarkt für Tagelöhner, auf die das BAMF und deutsche Gerichte afghanische Asylsuchende gerne verweisen, ist kaum existent.

### Keine Abschiebungen nach Afghanistan!

PRO ASYL erneuert die Forderung nach einem Abschiebungsstopp nach Afghanistan. Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete darf es nicht geben. PRO ASYL unterstützt zudem das europaweite Statement des Europäischen Flüchtlingsrats (ECRE) gegen die Abschiebungspläne der EU für Afghanistan.

Weitere Infos: [www.proasyl.de](http://www.proasyl.de)

Demonstration in Berlin am 28. März 2020 in Berlin - Foto: Tim Lüddemann (Flickr)



Zudem müsse man die Frage aufwerfen, "welche Schritte" die für die Kriege verantwortlichen Staaten unternähmen, um "den Schaden wiedergutzumachen", den sie den mindestens 37 Millionen Flüchtlingen zugefügt hätten.

Die Antwort, die Deutschland und die EU mit Blick auf die Flüchtlinge auf den griechischen Inseln geben, spricht eine deutliche Sprache. So wurden nach dem Brand im Lager Moria lediglich unbegleitete Kinder und Jugendliche auf das griechische Festland gebracht; für die anderen über 12.000 Flüchtlinge auf Lesbos wird - mit EU-Geldern - ein neues Lager gebaut.

Die Bundesregierung hat sich bereit erklärt, neben 150 unbegleiteten Minderjährigen gerade einmal 408 Familien - 1.553 Menschen - in Deutschland Zuflucht zu gewähren, freilich nur solchen, deren Flüchtlingsstatus bereits anerkannt ist; mehr ist nicht geplant.

An Geld mangelt es nicht: Die EU stellt gleichzeitig immense Summen bereit, um weitere Menschen, die von den Kriegsschauplätzen auch europäischer Staaten fliehen, an der Einreise zu hindern; allein der Etat für die Flüchtlingsabwehrbehörde Frontex ist von 2015 bis zum Jahr 2020 auf mehr als das Dreifache gesteigert worden - von 140 Millionen auf 460 Millionen Euro.

Quelle: German Foreign Policy (17.9.2020)

### Die Fluchtverursacher

„Costs of War Project“: Mehrheit der Flüchtlinge in Griechenland ist von Kriegsschauplätzen westlicher Staaten geflohen.

Die überwiegende Mehrheit der Flüchtlinge in Griechenland, darunter diejenigen auf den Ägäisinseln, sind von Kriegsschauplätzen westlicher Mächte geflohen, werden aber von Deutschland und der EU ausgesperrt. Mehr als drei Fünftel aller Flüchtlinge, die im vergangenen Jahr in Griechenland registriert wurden, stammen aus vier Ländern, in denen die Bundeswehr operiert (Afghanistan, Irak, Syrien) oder die Vereinigten Staaten Drohnenangriffe durchführen (Pakistan). Auf Lesbos sind insbesondere Flüchtlinge vom Hindukusch präsent. Dies entspricht den Resultaten einer aktuellen, an einer US-Elitehochschule (Brown University) erstellten Studie, der zufolge die Kriege der USA und ihrer Verbündeten, darunter Deutschland, in den vergangenen zwei Jahrzehnten mindestens 37 Millionen Menschen auf die Flucht getrieben haben. Nur der Zweite Weltkrieg hat mehr Flüchtlinge produziert als sie. [...]

Mit Blick auf die Faktenlage urteilen die Autoren der "Costs of War"-Studie: "Die Legitimität und die Effizienz von Kriegen sollte nach fast zwei Jahrzehnten desaströser Ergebnisse mehr denn je in Frage gestellt werden."

## Deutsche Diskurse: Keine Menschenrechte für Palästina?

*Interview mit Wiltrud Rösch-Metzler, pax Christ Diözsanvorsitzende Rottenburg-Stuttgart und Co-Sprecherin der Kooperation für den Frieden*

**FJ: Wer engagiert sich in Deutschland für die Menschenrechte der Palästinenser - und warum?**

Klassischerweise sind das palästinensische Organisationen wie die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft oder die noch junge Organisation „Palästina spricht“, die auf die Lage der Palästinenser\*innen aufmerksam machen. Dazu kommen Städtepartnerschaften, Friedensgruppen und Organisationen aus dem kirchlichen Umfeld wie das Kairos Netzwerk, das Forum Friedensethik oder pax christi, die in engem Austausch mit den Aktiven in Menschenrechtsorganisationen in Palästina und Israel sich für internationales Recht stark machen.

**FJ: Welche Rolle spielen dabei Organisationen wie die "Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost?"**

Diese mutige Gruppe, ausgezeichnet mit dem Göttinger Friedenspreis, kritisiert die israelische Besatzungspolitik und die damit einhergehenden Menschenrechtsverletzungen wie willkürliche Verhaftungen, Hauszerstörungen und Militärgewalt gegen Palästinenser\*innen. Sie ist extrem wichtig in der bundesdeutschen Gesellschaft, weil sie zeigt, dass es eine jüdische Opposition zur rechten Politik in Israel gibt. Sie schafft außerdem, wie die palästinensischen Organisationen nach Palästina, eine Verbindung zwischen Deutschland und Israel.

**FJ: Die Bewegung BDS wurde hierzulande zum Feindbild aufgebaut. Dieses ist nicht erst seit der Bundestagsresolution vom Mai 2019 der Fall, in der die BDS-Bewegung mit Antisemitismus gleichgesetzt wird. Gibt es auch wichtige Stimmen aus der israelischen Zivilgesellschaft, die hinter dieser Bewegung stehen oder zumindest für eine differenzierte Sichtweise eintreten?**

Viele hierzulande verurteilen BDS ohne BDS zu kennen. BDS hat drei Ziele: Ein Ende der Besatzung der von Israel seit 1967 besetzten Gebiete, gleiche Rechte für Palästinenser\*innen

innerhalb Israels und das Rückkehrrecht für die palästinensischen Flüchtlinge. Alle drei Ziele sind gültiges internationales Recht, das von der Weltgemeinschaft aber nicht durchgesetzt wird. Deshalb haben sich Palästinenser\*innen 2005 für einen gewaltfreien Weg zur Durchsetzung dieser Rechte entschieden. Als Mittel wählten sie: Boykott, De-Investition und Sanktionen (BDS).

Die BDS-Bundestagsresolution verletzt weite Teile der palästinensischen Zivilgesellschaft. Sie diskriminiert und kriminalisiert sie. Wer für BDS ist, ist angeblich so gefährlich für die Meinungsbildung, dass er oder sie in keinem, mit Steuergeldern betriebenen Raum mehr sprechen darf.

Ein wegweisendes BDS-Urteil gab es nun vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte im Juni 2020. Er sieht den Boykottaufruf als legitimen politischen Protest an, ohne rassistische oder antisemitische Konnotation. Gerade bei politischen Auseinandersetzungen um Angelegenheiten allgemeinen öffentlichen Interesses und dazu zählte das Gericht ausdrücklich die Frage der Beachtung des Völkerrechts durch den Staat Israel sowie der Menschenrechte der palästinensischen Bevölkerung, dürfe die Meinungsäußerungsfreiheit nur unter sehr engen Voraussetzungen eingeschränkt werden.

Während sich der Bundestag mit seiner BDS-Resolution als verlängerter Arm der rechten Netanjahu-Regierung erwiesen hat, gibt es in Israel große Kritik an dieser Resolution. 240 jüdische und israelische Wissenschaftler\*innen haben appelliert, „BDS“ nicht mit Antisemitismus gleichzusetzen.

Die israelische Regierung versucht solche Stimmen zu unterdrücken, z.B. als im Berliner Jüdischen Museum auf die 240 Wissenschaftler\*innen aufmerksam gemacht wurde, forderte die israelische Regierung die Absetzung des Museumsdirektors. Dieser trat schließlich zurück.

Unter diesen Wissenschaftler\*innen sind Leute, die in der Antisemitismusforschung und jüdischen Geschichte spezialisiert sind. Sie lehnen diesen Beschluss ab, „der auf dem falschen Vorwurf beruht, dass BDS als solches Antisemitismus gleichkommt“ und fordern Antisemitismus zu bekämpfen, während die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit respektiert und geschützt wird.

Die Meinungen zu BDS gehen unter den Unterzeichnenden dieses Aufrufs und auch innerhalb der Friedens- und Menschenrechtsorganisationen in Israel auseinander. Manche mögen vielleicht BDS unterstützen, während andere es aus unterschiedlichen Gründen ablehnen. Sie alle treten jedoch für die Meinungsfreiheit für BDS ein.

Es geht gar nicht, einem BDS-Anhänger einfach Räume zu verweigern. Vor Gerichten in Deutschland hat diese Empfehlung des Bundestages, der Landtage, Städte, Gemeinden und Kirchen bereitwillig gefolgt sind, keinen Bestand. Immer mehr Gerichte entscheiden zugunsten von BDS. So mussten z.B. Palästina-Vereine beim Stadtfest in Bonn zugelassen werden. Drei Betroffene, die jüdisch-palästinensisch-deutschen Aktivist\*innen Judith Bernstein, Amir Ali und Christoph Glanz, die „Bundestag 3 für Palästina“ beschreiten nun den Klageweg gegen die Bundestagsresolution.

**FJ: Seit Jahren werden Informations- und Diskussionsveranstaltungen in Deutschland zu dieser Thematik mit Raumverboten massiv behindert. Welche Kräfte sind hierbei wirksam?**

Es geht schlicht und ergreifend darum, dass nicht mehr über israelische Besatzung und Völker- und Menschenrechtsvergehen öffentlich diskutiert wird. Sogar die Hochschulrektor\*innen haben sich dem Raumverbot angeschlossen und wollen es an den Unis praktizieren. Oder ziehen Zuschüsse zurück und setzen auf ein Unsichtbarmachen der Veranstaltungen wie derzeit beim jüdischen Kunst-Projekt „School for Unlearning

Zionismus“ an der Weißensee Kunsthochschule Berlin zu beobachten ist.

Es sind richtige Hetzkampagnen gegen Referent\*innen und Veranstalter\*innen. Das geht dann meist mit dem sogenannten Journalisten Benjamin Weinthal los, der in der Jerusalem Post Stimmung macht, andere Stimmen wie die von Volker Beck (Bündnis90/Die Grünen) und Uwe Becker (Antisemitismusbeauftragter der Hessischen Landesregierung) folgen. Oder ein anderes Beispiel: Ein Absender aus dem Ausland, Vorstandsmitglied einer jüdischen Gemeinde, schreibt über große offene E-Mail Verteiler an die Organisatoren, Haus-Verantwortlichen, bis zum Bischof und Bischofskonferenz und in cc: an die israelische Botschaft.

Oder der Antisemitismusbeauftragte Felix Klein ruft persönlich an, um zu erreichen, dass eine Akademie-Tagung, zu der israelische und palästinensische Friedens- und Menschenrechtsorganisationen eingeladen sind, abgesagt wird.

Wir müssen aufpassen. Es geht um den Abbau von Grundrechten in unserem Land. Auch deshalb ist es wichtig, den Angriffen Stand zu halten.

*FJ: Wie siehst du den generellen Rückhalt für die menschenrechtliche Solidarität mit den Palästinensern als derzeitige Co-Sprecherin der Kooperation für den Frieden? Besteht bei deren Mitgliedsorganisationen diesbezüglich Einigkeit?*

Ich denke, dass in einer Friedensorganisation, Völkerrecht und Men-

Foto: Bethlehem 2009 (rechts im Bild), Quelle: Paolo Cuttitta (Flickr)



schenrecht der Maßstab für die Beurteilung von Konflikten sind. Von daher sehe ich auch niemandem, der Palästinenser\*innen die Menschenrechte abprechen würde. Im konkreten Fall wird es schwieriger. Es ist klar, dass die israelischen Siedlungen in den 1967 eroberten Gebieten völkerrechtswidrig sind. Ihre Unterstützung trägt zu einer Stabilisierung der Siedlungen und zu einer Verschärfung des Konflikts bei.

Dennoch fällt es einigen Friedensbewegten schwer zu sagen, die EU-Einwohner\*innen sollten diese Waren nicht kaufen oder Siedler sollten keine Stipendien für europäische Hochschulen bekommen. Ich denke, dass es schwer fällt sich einzugestehen, dass Israel ein tolles Land ist, z.B. in seiner Behindertenpolitik, mit tollen Menschen, aber auch eine Besatzungsmacht. Um zum Frieden mit den Palästinenser\*innen zu kommen, muss diese Besatzung beendet werden.

*FJ: Im Mai nächsten Jahres findet der ökumenische Kirchentag in Frankfurt statt. Wird diese Thematik im Hauptthemenbereich "Schöpfung, Frieden, Weltgemeinschaft" vertreten sein?*

Ich bin gespannt und weiß selber nur von einem Workshop, der stattfindet. Die Veranstaltung „Menschen, Mauern, Mut“, die pax christi zu diesem Thema angemeldet hatte, wurde ohne Gründe zu nennen, abgelehnt. Deshalb habe ich mich extra bei der Pressestelle des Ökumenischen Kirchentages erkundigt, um deine Frage beantworten zu können. Von dort wurde mir schriftlich mitgeteilt: „Es wird mehrere Veranstaltungen zu diesem Themenkomplex geben – aktuell arbeiten wir dabei auch an den möglichen Formaten. Das genaue Programm werden wir im Frühjahr 2021 vorstellen können.“

*Interviewfragen per E-Mail:  
Karl-Heinz Peil*

## „Bundestag 3 für Palästina“:

### Wieso verklagen wir den Deutschen Bundestag?

Seit der Verabschiedung des BDS Beschlusses durch den Deutschen Bundestag im Mai 2019, richten sich faktisch Bundesländer, Gemeinden, sonstige öffentliche Akteure und sogar private Firmen nach dem Aufruf des Bundestages und verweigern oder entziehen in der Praxis BDS-Aktivist\*innen und Palästina-Unterstützer\*innen öffentliche Räume.

Damit verletzt der Deutsche Bundestag und alle involvierten Akteure das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere die Meinungs-, Kunst- und Wissenschaftsfreiheit (Art. 5 GG) und die Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG).

Diese Verletzung der persönlichen Grundrechte betraf bis jetzt unter anderem die folgenden Personen (unvollständige Aufzählung):

ACHILLE MBEMBE: Historiker, Politikwissenschaftler und Philosoph aus Kamerun, mehrfach in Deutschland preisgekrönt

KAMILA SHAMSIE: Britisch-pakistanische Autorin Kamila Shamsie und Preisträgerin des Women's Prize for Fiction in 2018

TALIB KWELI: US-Amerikanischer Rapper

[...] Die größte Beeinträchtigung aufgrund des Beschlusses des Deutschen Bundestags erleiden allerdings die Palästinenser\*innen und Deutsch-Palästinenser\*innen selbst. Zusätzlich zu Vertreibung und Exil, Apartheid und Besatzung, alltäglicher Bedrohung und Erniedrigung, werden sie in Deutschland des Antisemitismus bezichtigt. Weil das erlittene Unrecht derart klar belegt ist, bleibt den Befürworter\*innen der Apartheids- und Besatzungspraxis des israelischen Staats eben nur ein Mittel: nämlich die Verleumdung von Palästinenser\*innen.

Quelle: [www.bt3p.org](http://www.bt3p.org)

# Politische Eliten der USA: Einig im Kampf gegen China

von Erhard Crome, Politikwissenschaftler, Berlin



US-Flugzeugträger „Ronald Reagan“ - Quelle: Wikipedia

Der Kampf der USA gegen den Aufstieg Chinas ist eine zentrale Achse der gegenwärtigen internationalen Beziehungen. Er begann nicht erst mit Donald Trump, sondern bereits unter Barack Obama und seiner Außenministerin Hillary Clinton und ihrer „*Wendung nach Asien*“. Heute agieren die USA nicht nur mittels Handelskrieg, sondern auch mit militärischer Aufrüstung und Einkreisung, mit der Anzettelung regionaler Konflikte in geographischer Nähe Chinas – nicht nur im Südchinesischen Meer, auch in Taiwan und Korea, der Förderung secessionistischer Kräfte in Tibet und Xinjiang, geheimdienstfinanzierten Operationen für eine „Farbrevolution“ in China, aktuell mit der Unterstützung von Unruhen in Hongkong, aber auch mit wirtschaftlichem und politischem Druck auf Drittländer.

Die Frage nach dem „großen Krieg“ der USA gegen China, wie sie der Historiker Hobsbawm bereits vor 15 Jahren aufgeworfen hat, steht nach wie vor im Raum. Die aus Nordamerika kommenden Trotzkiten, wie Leo Panitch, rubrizieren die gesamte Nachkriegsentwicklung unter dem Stichwort „American Empire“ und sehen in der Auseinandersetzung lediglich das Bestreben der Herrschenden in den USA, China in dieses „Empire“ einzuordnen. Dabei verschwinden nicht nur die Eigenheiten des hegemonialen Übergangs im Weltsystem, wie sie historisch Fernand Braudel und Immanuel Wallerstein beschrieben haben, sondern auch die Unterschiede zwischen

den globalistischen Interventionisten, wie sie Obama und Biden verkörpern, und dem neuen nationalistischen Unilateralismus, für den Trump steht. Bei den jetzigen Präsidentenwahlen geht es nicht nur um Innenpolitik, sondern auch um eine außenpolitische Weichenstellung.

Betrachtet man den derzeitigen politischen Kontext, so zeigt sich: Beide Seiten sind unter Donald Trump und Xi Jinping sichtlich bemüht, eine direkte Interessenkollision, eine militär-strategische Konfrontation nicht zuzulassen. Chinas Aufstieg braucht keinen Krieg. Es gilt die Grunderkenntnis aus der Spätphase des Kalten Krieges: die Clausewitz'sche Formel, dass der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, gilt nicht mehr; es gibt keine Politik, die durch einen alles vernichtenden Nuklearkrieg zu realisieren wäre. Das heißt: ein Atomkrieg ist weder führbar noch gewinnbar. Chinas Kultur der Politik ist rückwärts, in die Vergangenheit, wie vorwärts in die Zukunft betrachtet eine, die in Jahrtausenden rechnet, während der westliche Spätkapitalismus nur ein Heute kennt. China hat Zeit, sein Aufstieg ist friedlich und zugleich unaufhaltsam, während der „Welt des weißen Mannes“ die Vorherrschaft zwischen den Fingern zerrinnt. Entscheidend für die nächsten zehn Jahre ist: Zwingt China im Bündnis mit Russland und anderen Mächten sowie friedenswilligen Kräften in aller Welt – hier wäre auch über deutsche Außenpolitik zu reden – die USA und die NATO, einen großen Krieg nicht auszulösen?

## Kalter Krieg: Eine Form des (militärischen) Friedens

Der Friedensforscher Ulrich Knappe kam vor zwei Jahren in einem Résumé des Kalten Krieges zu dem Ergebnis, dass auch der Kalte Krieg eine

Friedensform war. Er trug „neben dem Moment der Konfrontation auch das der Kooperation“ in sich. Er war „die Entstehung des gefährdeten Weltfriedens, der den alles vernichtenden Weltkrieg als Alternative gehabt hätte“. Unter der Voraussetzung der Nicht-Führbarkeit und Nicht-Gewinnbarkeit eines thermonuklearen Weltkrieges war der Kalte Krieg die Austragungsform der Auseinandersetzung zwischen USA, NATO und „dem Westen“ auf der einen und der Sowjetunion und ihren Verbündeten auf der anderen Seite. Heute sind neues Wettrüsten und Handelskrieg Austragungsformen des Hegemonialkampfes, den die absteigenden USA gegen das aufsteigende China führen. Das muss aber nicht heißen, dass der Zweck dieser USA-Politik der große Krieg ist. Der Zweck ist das Aufhalten und Behindern des Aufstiegs Chinas. Das soll auch aus USA-Sicht nicht um den Preis der Vernichtung der Welt geschehen. Insofern liegen heute Betrachter falsch, die in einem traditionalistischen Sinne die Handelskriege als Kriegsvorbereitungen für den großen Krieg zu fassen suchen.

Kürzlich gab Kevin Rudd, Sinologe und früherer Premierminister Australiens, heute Präsident eines Asien-Instituts mit Sitz in New York, der Neuen Zürcher Zeitung ein Interview. Die Rivalität zwischen den USA und China, betonte er, sei Ergebnis struktureller und personeller Faktoren. Die strukturelle Seite sei völlig klar: die Veränderung des Kräfteverhältnisses in militärischer, wirtschaftlicher und technologischer Hinsicht. Zur personellen Seite gehöre einerseits der Führungsstil Xis, „*der bestimmender und aggressiver ist, als der all seiner Vorgänger seit Mao*“, andererseits Trumps „*Besessenheit in Bezug auf bestimmte Teile der Wirtschaft, besonders den bilateralen Handel*“.

Die politischen Eliten der USA, Republikaner und Demokraten, seien zu dem Schluss gekommen, „*dass China unter Xi keine Status-quo-Macht*“ mehr sei, „sondern dass es Amerika in seiner globalen Führungsposition ablö-

sen“ wolle. Dann differenziert Rudd sehr interessant: „Hätte Hillary Clinton 2016 gewonnen, wäre ihre Reaktion sehr hart gewesen. Trump ist primär oberflächlich hart aufgetreten, vor allem in den Bereichen Handel und Technologie. Er wurde erst durch die Covid-19-Krise, die seine Wiederwahl bedroht, zu einer umfassend härteren Gangart veranlasst. Wäre der nächste Präsident der USA ein Demokrat, dürfte die neue Regierung gegenüber China ebenso robust, aber systematischer auftreten.“ Mit anderen Worten: Eine Entspannung wird es nicht geben.

### Wirtschaftliche Entkopplung unausweichlich

Das Ergebnis, das mit Corona verstärkt wurde, sei eine weltwirtschaftliche Entkopplung zwischen den USA und China, die bereits begonnen habe. Das betrifft die Auflösung globaler Lie-

ferketten; die Zweiteilung in Bezug auf „kritische Technologien“, wie bei der Halbleitertechnik und den Mikrochips, was am Ende zu einer Zweiteilung des Internets führen werde; die Schrumpfung wechselseitiger Direktinvestitionen sowie die Abkopplung der „Talentmärkte“. Dem stehen jedoch Gegenkräfte gegenüber. China liege, trotz aller Bemühungen, in der Halbleiterindustrie 3-7 Jahre hinter den USA, Taiwan und Südkorea zurück. Bisher stammen jedoch 50 Prozent der Gewinne der USA-Halbleiterindustrie von Kunden aus China. Dieses Geld finanziert entsprechende Forschungen in den USA. Um den technologischen Vorsprung zu halten, stehe deshalb das Pentagon „nicht auf der Seite der Anti-China-Falken“. Das gelte auch für die Herren des Silicon Valley und der Wall Street.



Am Ende warnt Rudd jedoch, er habe in Washington und in Peking mit zu vielen Leuten gesprochen, um einen militärischen Konflikt für eine nur theoretische Möglichkeit zu halten. Das widerspreche der Rationalität. Aber die habe 1914 in Europa auch nicht funktioniert. Der Nationalismus sei heute nicht weniger giftig. „Denken Sie daran, dass wir in Ostasien unsere eigene Version von Elsass-Lothringen haben: Sie heißt Taiwan.“

Der Beitrag erschien am 12.10.2020 in der Online-Zeitschrift „Das Blättchen“

### Neue und feste Allianz: China - Russland

Moskau orientiert sich neu auf ein Bündnis mit China und geht damit auch auf weltpolitische Distanz zu Deutschland und der EU.

Es überrascht nicht, dass die gemeinsame russisch-chinesische Erklärung, die am 11. September in Moskau herausgegeben wurde, vor allem eine russisch-chinesischen Allianz als neue Staatsräson formuliert. Dabei wird in der Bewertung neuer internationaler Zuspitzungen an gemeinsame Traditionen im historischen Kampf gegen den Nazismus und den japanischen Imperialismus erinnert:

*„Die Sowjetunion und China wurden vom Nazismus und Militarismus am härtesten getroffen und trugen die Hauptlast des Widerstandes gegen die Aggressoren. Um den Preis enormer menschlicher Verluste hielten sie die Besatzer auf, vertrieben und zerstörten sie, wobei sie in diesem Kampf beispiellose Selbstaufopferung und Patriotismus an den Tag legten. [...]*

*Es ist eine heilige Pflicht der gesamten Menschheit, die historische Wahrheit über diesen Krieg zu bewahren. Russland und China werden gemeinsam allen Versuchen entgegengetreten, die Geschichte zu verfälschen, die Nazis, die Militaristen und ihre Komplizen zu verherrlichen und die Sieger zu beflecken. Unsere Länder werden niemandem erlauben, die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs zu revidieren“.*

[...] Die deutsche Tonlage gegenüber Russland hat sich dramatisch verändert. Sie ist nicht mehr von Schuldgefühlen gezügelt, dass das Blut von 25 Millionen Sowjetbürgern an ihren Händen klebt, sondern derart, als ob bereits der nächste Militäreinsatz gegen Moskau geplant sei.

Vor allem, wie schon einmal in den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts, verschließen andere westliche Mächte in ihrer Besessenheit, Russland und China einzudämmen, nicht nur die Augen vor dem wachsenden Militarismus in Deutschland und Japan, sondern ermutigen ihn heimlich. [...]

Die USA drängen Deutschland dazu, mit Polen und den baltischen Ländern zu einem Schulterchluss gegenüber Russland zu kommen, was natürlich voraussetzt, dass Berlin die Elemente seiner früheren Ostpolitik gegenüber Moskau ganz aufgibt und stattdessen zu einer konfrontativen Haltung übergeht.

In ähnlicher Weise führen die USA in Asien das Quadrilaterale Bündnis mit Japan, Indien und Australien an, um China einzukreisen und den gesamten asiatisch-pazifischen Raum in einen antichinesischen Modus zu versetzen. Während Indien dazu bereit ist, sich in diese US-Strategie einbinden zu lassen, weigern sich die südostasiatischen Staaten, sich zwischen den USA und China zu entscheiden. Südkorea sitzt derzeit noch zwischen den Stühlen [...]

Die USA können durch das Bündnis zwischen China und Russland diese beiden Länder militärisch nicht bezwingen, da dieses über einen gleichzeitigen Krieg gegen beide Länder erfolgen müsste. Unterdessen steht das Bündnis auch auf der richtigen Seite der Geschichte. Die Zeit arbeitet zu ihren Gunsten, da der Niedergang der USA an relativ umfassender nationaler Macht und globalem Einfluss immer weiter voranschreitet und die Welt sich an das "post-amerikanische Jahrhundert" gewöhnt.

Quelle: AsiaTimes.com (MK Bhadrakumar)  
Auszüge aus einer Artikelserie Okt. 2020)  
Deutsche Übersetzung: Karl-Heinz Peil

## Keine Friedenspolitik im Zeitalter der Restauration

*Die Revolution ist fällig – Aber sie ist verboten.* Von Albrecht Müller, Westend-Verlag, Sept. 2020, 192 Seiten, 16,00 €

Für die „alte“ Friedensbewegung in Deutschland können (nur) Rückblicke als Maßstab dafür dienen, was an politischer Mobilisierung notwendig und möglich ist. Beispielsweise zum 40. Jahrestag des Krefelder Appells, mit dem millionenfach Unterschriften gesammelt und Hunderttausende zu Massendemonstrationen gegen die Stationierung von NATO-Atomraketen in Deutschland mobilisiert wurden.



In besonderem Maße erfolgt der ständige Blick zurück durch den Publizisten Albrecht Müller, Herausgeber der Nachdenkseiten und neuerdings auch Bestsellerautor. Vor allem sein im Herbst letzten Jahres erschienenenes Buch *„Glaube wenig. Hinterfrage alles. Denke selbst“* sorgte als Abrechnung mit dem Wandel der deutschen Medienlandschaft für Furore. Albrecht Müller leitete 1972 Willy Brandts Wahlkampf und die Planungsabteilung im Bundeskanzleramt bei Brandt und Schmidt. Von 1987 bis 1994 war er für die SPD Mitglied des Bundestages. Die Nachdenkseiten haben sich seit 2003 zu einem der wichtigsten Bestandteile einer Gegenöffentlichkeit entwickelt, wo alle Facetten des medial verbreiteten Neoliberalismus in der wochentäglichen Medienschau und zahlreichen Autorenbeiträgen behandelt werden.

In den dort publizierten Beiträgen von Albrecht Müller findet man eine Grundtendenz, die auch das vorliegende Buch bestimmt und worauf er selbst in der Einführung offensiv eingeht, nämlich *„das Buch sei nostalgisch. Früher sei alles besser gewesen, sei der Grundton“*.

Doch den Nostalgie-Vorwurf kann man ebenso wenig erheben, wie bei einem der häufigen friedenspolitischen Rückblicke auf frühere Jahrzehnte durch langjährig Friedensbewegte. Es gilt zu verstehen, was sich insbesondere seit 1990 drastisch verändert hat. Hierbei gehört Albrecht Müller zu den-

jenigen, der ständig auf die SPD-geführte Entspannungspolitik der 70er Jahre verweist. Die Entwicklungen in der SPD, insbesondere bei dem „Spitzenpersonal“ lassen sich nur dann konsequent skandalisieren, wenn man aufzeigt, welche programmatischen Brüche in der SPD durch das transatlantische Vasallentum entstanden sind, wie es aktuell durch den SPD-Außenminister Heiko Maas erfolgt.

Albrecht Müller ist der Kronzeuge einer SPD-geführten Friedens- und Entspannungspolitik, als deren Anfang er die Antrittsrede des ersten SPD-Bundespräsidenten Gustav Heinemann 1969 ansieht, wo der Satz fiel: *„Nicht der Krieg ... sondern der Frieden ist der Ernstfall, in dem wir alle uns zu bewähren haben“*.

Albrecht Müller verweist in seinem Buch auf die größer gewordene Kriegsgefahr, die er prägnant an Risiken darstellt, von ihm zusammengefasst in zehn Punkten:

*„... Kriegstreiberei ist wieder hoffähig geworden ... Es gibt unter Menschen geringeren Widerstand gegen Kriege .... Kriege werden tatsächlich geführt .... Die Regime Change-Ab-sichten der USA ... Überall wird an neuen Feindbildern gestrickt ... Und das Volk ist müde geworden ... Die USA sind weit weg ... Es ist nicht auszuschließen, sondern eher wahrscheinlich, dass sich auf mittlere Sicht innerhalb möglicher Kriegsparteien kriegslüsterne oder auch nur kriegsbe-reite Personen und Gruppen durchsetzen...“*

Dabei betont er, dass es ihm nicht um Angstmache, sondern um ein realistisches Bild der veränderten Situation geht. Darin, dass ausgerechnet die SPD nicht mehr zu ihrer früheren Programmatik steht, sieht er einen wesentlichen Grund für ihren Niedergang (bei Wahlen und Umfragen). *„Das gilt für die Friedenspolitik wie auch für die Gesellschaftspolitik“*. Albrecht Müller verweist darauf, dass das Schleifen von profilierten inhaltlichen Positionen natürlich nicht nur für die SPD, sondern ähnlich bei den Grünen gelaufen ist. *„Bei der Linkspartei ist dieser Pro-*

*zess noch zu Gange. Sie wird insgesamt nicht freundlich behandelt. Aber der rechte Flügel um Ramelow, Kipping, Lederer hat es leichter“*.

Ein eigener Abschnitt des Buches ist überschrieben mit *„Unterwanderung und Einflussagenten“*. Darin behandelt er die Mechanismen, wie führende deutsche Politiker quer durch die Parteien transatlantisch gefügig gemacht worden sind und als US-Vasallen mit russophoben Positionen zunehmend die deutsche Politik bestimmen. Hinzu kommen natürlich personelle Verflechtungen mit den neoliberalen Denkfabriken und der Rüstungsindustrie in Deutschland, wofür in dem Buch einige Beispiele geliefert werden. Was in dem Buch fehlt, ist der Hinweis auf die jüngsten russophoben Amokläufe insbesondere von Außenminister Heiko Maas. Allerdings begann die Nawalny-Affäre erst nach Redaktionsschluss dieses Buches im August. Albrecht Müller hat deshalb Anfang September bei den Nachdenkseiten diese jüngsten Entwicklungen kommentiert, auch mit ausführlichen Zitaten aus seinem gerade vorgestellten Buch.

Ein eigenes Kapitel widmet sich dem *„Kampf der Etablierten gegen die aufkeimende Kritik“*, in dem der mediale Umgang mit zivilgesellschaftlichen Protesten behandelt wird. Dieses betrifft ja vor allem auch die Friedensbewegung mit jahrelangen, medial geschürten Kampfbegriffen wie *„Querfront“*, *„rechtsoffen“* und *„Verschwörungstheoretiker“*, auch wenn damit aktuell sehr undifferenziert auf die politisch sehr breit gestreuten Kritiker der Corona-Regierungspolitik eingedroschen wird. Des weiteren wird von Albrecht Müller auch notwendigerweise das Wort *„Antisemit“* kommentiert.

Als Fazit kann man festhalten: Ein auch für die Friedensbewegung wichtiges Buch. Die ungeschminkte, realistische Sicht der eigenen Handlungsmöglichkeiten ist ebenso notwendig wie die tägliche Lektüre der Nachdenkseiten, wo auf aktuelle Ansätze für Handlungsoptionen verwiesen wird.

Karl-Heinz Peil



## Neues Militärgelände bei Tannheim – Bevölkerung dagegen

von Alexander Kleiß (Kurzfassung einer Analyse der Informationsstelle Militarisation e.V.)

Das Verteidigungsministerium (BMVg) plant einen neuen Standortübungsplatz bei Tannheim in der Nähe von Donaueschingen. Auf diesem sollen künftig das Jägerbataillon 292 und die 3. Kompanie des Deutsch-Französischen Versorgungsbataillons trainieren. Bisher übten beide Einheiten auf dem Standortübungsplatz Donaueschingen, wo sie auch stationiert sind.

Doch nun reicht dieses Militärgelände nach Angaben des BMVg angeblich plötzlich nicht mehr für die „speziellen Ausbildungsbelange“ der Einheiten aus. Deshalb sollen bei Tannheim die 300 ha große, in Privatbesitz befindliche Fläche „Ochsenberg“ und die 100 ha große Fläche „Weißwald“, die sich in Besitz des Landes Baden-Württemberg befindet, zu einem Standortübungsplatz gemacht werden bzw. dem bestehenden Standortübungsplatz zugeschlagen werden.

Insgesamt soll das Militärgelände eine Größe von 512 ha umfassen. Dort sollen dann „Übungsanlagen für die personen- und radfahrzeuggebundene Ausbildung sowie von Schießanlagen mit Manöver- und Übungsmunition“ entstehen. Im Einzelnen sind dafür Schießanlagen für Panzerfäuste und Granatpistolen sowie Anlagen für Waldkampfübungen vorgesehen.

Ein großes Problem ist dabei neben grundsätzlichen Bedenken, dass sich in unmittelbarer Nachbarschaft des geplanten Militärareals eine Nachsorgeklinik für chronisch kranke Kinder und deren Familien befindet. Roland Wehrle, der Geschäftsführer der Nachsorgeklinik, bezeichnet die Pläne der Bundeswehr als „schieren Wahnsinn“. Die

Ruhe, für die Kinder und Eltern aus ganz Deutschland nach Tannheim kommen, würde durch einen Standortübungsplatz zerstört und es wäre mehr als fraglich, ob die Nachsorgeklinik weiter bestehen kann, falls die Bundeswehr nicht von ihrem Vorhaben abrückt.

Hinzu kommt, dass sich das Gelände des geplanten Standortübungsplatzes mitten im Naturschutzgroßprojekt „Baar“ befinden würde, das der Bevölkerung bisher gleichzeitig auch als Naherholungsgebiet dient. Der BUND stellt sich gegen die Pläne der Bundeswehr. Das gesamte Gebiet ist ein EU-Vogelschutzgebiet. Außerdem sei ein Großteil des Geländes Wasserschutzgebiet.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass ein Großteil der Menschen vor Ort gegen das geplante Militärgelände ist. Es wurde sogar eine Petition erstellt, die bereits mehr als 31.000 Personen unterschrieben haben. Auch die umliegenden Gemeinden Tannheim, Brigachtal und Wolterdingen sprachen sich mehrheitlich dagegen aus.

Eine Reaktivierung ehemaliger militärischer Einrichtungen als Gegenkonversion passiert in den letzten Jahren flächendeckend in ganz Deutschland: So wurde beispielsweise die ursprünglich aufgegebene Carl-Schurz-Kaserne in Hardheim (Baden-Württemberg) wieder von der Bundeswehr erworben. Dort sind nun eine Stabs- und Führungsunterstützungskompanie des Kommando Spezialkräfte (KSK) sowie ein Panzerbataillon untergebracht.

Im Vergleich zur Reaktivierung ehemaliger Militärgelände stellt die Inbesitznahme neuer Flächen durch das Militär jedoch eine noch krassere Form der Gegenkonversion dar, die für die betroffenen Gemeinden mit noch heftigeren Einschnitten einhergehen. Die Schaffung neuer militärischer Flächen war bislang seit dem Kalten Krieg einmalig. Der einzige Fall ist Haiterbach, wo ein Absprunggelände für das KSK entstehen soll – ebenfalls gegen den Widerstand der lokalen Bevölkerung. Mit Tannheim kommt nun – nicht weit entfernt – ein zweiter Fall hinzu. Diesem Trend zur Schaffung neuer Militärrareale gilt es entschieden entgegenzutreten.

Die ursprünglich einmal als Friedenspartei angetretenen „Grünen“ spielen bei der Gegenkonversion in Baden-Württemberg eine unrühmliche Rolle. Nach Haiterbach ist das Gelände bei Tannheim bereits die zweite ursprünglich zivile Fläche, die unter dem grünen Ministerpräsidenten Kretschmann zum Militärgelände werden soll. Die Landesregierung unterstützt die Bundeswehr in beiden Fällen bei der Suche nach einem neuen Militärgelände – auch indem sie versucht, den Protest in den betroffenen Gemeinden durch vermeintliche Beteiligung zu ersticken.

Bei der sogenannten „Bürgerbeteiligung“ der Landesregierung handelt es sich jedoch bestenfalls um Informationsveranstaltungen. Eine Beteiligung der Bürger\*innen an der Frage, ob und wenn ja wo das jeweilige Militärgelände realisiert werden soll, ist ausdrücklich nicht vorgesehen.

### Politik der Katastrophe: IMI-Kongress am 21. November 2020

Informationen (u.a. die Links auf Radio und Internet) finden sich hier:

<http://www.imi-online.de/uber-imi/imi-kongress2020/>

Coronabedingt findet der diesjährige Kongress der Informationsstelle Militarisation (IMI) leider nur eintägig am Samstag den 21. November 2020 ab 12h im Radio und im Internet (BigBlueButton) statt.

Der Kongress widmet sich der „Politik der Katastrophe“ und ihrer Auswirkungen auf die Militär- und Sicherheitspolitik im In- und Ausland.

## Bundesweiter dezentraler Aktionstag am 5.12.2020 für "Abrüstung und neue Entspannungspolitik"

### Aufruf Bundesausschuss Friedensratschlag und Kooperation für der Frieden

In der Woche ab dem 7.12.2020 soll der Bundeshaushalt für 2021 verabschiedet werden. Geplant ist, dass der „Verteidigungshaushalt“ erneut um 2,6% steigen soll. Damit drohen Ausgaben von 50 Milliarden Euro für Rüstung!



Dabei brauchen wir jeden Euro für Investitionen im Sozialen, der Gesundheit, der Umwelt, der Wissenschaft und für Bildung! Eine konsequente Abrüstung setzt diese Mittel frei!

Abrüstung tut auch für die internationale Lage not. Weltweit erreichen die Militärausgaben neue Rekordhöhen, ein neuer Rüstungswettlauf ist in vol-

lem Gange. Zentrale Vereinbarungen der Rüstungskontrolle sind aufgekündigt. Neue Atomwaffen werden stationiert und ihr Einsatz wird geübt. Deutschland gehört seit Jahren zu den Top 5 der größten Waffenexporteure der Welt.

Deshalb rufen wir dazu auf, am Samstag den 5. Dezember 2020 an vielen Orten in unserem Land gegen eine weitere Aufrüstung zu demonstrieren.

Rüstung ist keine Antwort auf die großen Herausforderungen unserer Zeit. Militarismus verschärft die ungelösten sozialen, ökonomischen und ökologischen Krisen, die die menschliche Zivilisation bedrohen.

Wir wollen einen Prozess des politischen Dialogs und der Verhandlungen. Wir fordern ein System gemeinsamer Sicherheit und kontrollierter Abrüstung sowie ein generelles Verbot von Rüstungsexporten. Wir wollen ein atomwaffenfreies Deutschland und sprechen uns für eine weltweite Äch-

tung autonomer Waffensysteme aus. Deutschland muss dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten! Die Bundeswehr darf nicht mit bewaffneten Drohnen ausgerüstet werden. Ihre kriegerischen Auslandseinsätze müssen beendet werden.

Um umfassenden und nachhaltigen Frieden zu schaffen, ist unsere Welt auf Gegenseitigkeit angewiesen. Für weltweite Waffenstillstände, wie sie die UNO fordert, und eine neue Entspannungspolitik, die wir anstreben, ist eine starke Zivilgesellschaft notwendig. Nicht aber Spaltung und Ausgrenzung und schon gar nicht ein neuer Nationalismus.

Diese Einsichten wollen wir in unserer Gesellschaft verbreiten. Deswegen der bundesweite Aktionstag für Abrüstung und eine neue Entspannungspolitik, zu dem wir gemeinsam aufrufen. Macht mit beim bundesweiten Aktionstag am 5.12.2020. Setzen wir uns gemeinsam für Frieden und Abrüstung ein.

## Digitaler Friedensratschlag am 6.12.2020

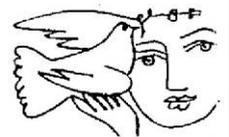
### Weltkriegsgefahren entgegentreten - Wandel zum Frieden einleiten!

- Keine neuen Atombomber - alle Nuklearwaffen abrüsten
- Killerdrohnen verhindern und Rüstungsexporte verbieten
- Abrüstung und Konversion für Klimaschutz, Gesundheit und soziale Wohlfahrt

Der 27. Friedensratschlag wird aufgrund der Corona-Situation dieses Jahr digital stattfinden. Die Ausstrahlung erfolgt am Sonntag, den 6. Dezember über den Offenen Kanal Kassel und YouTube. Es werden zusätzlich Workshops über Zoom angeboten.

Wir laden Mitstreiter\*innen, Bündnispartner\*innen und neue Interessierte zur Verständigung ein, wie wir die vielfältigen sozialen Bewegungen und das Eintreten für den Frieden zusammenbringen und stärken können.

Veranstaltet von: Bundesausschuss Friedensratschlag, Kasseler Friedensforum, den Fachgebieten Didaktik der politischen Bildung sowie Politik und Globalisierung an der Universität Kassel. Mit freundlicher Unterstützung vom Offenen Kanal Kassel. Die Veranstaltungsteilnahme ist frei, wir bitten dennoch für die Planbarkeit um Anmeldung unter <https://www.friedensratschlag-digital.de/>



## Das Programm

### 11.00 h - 19.00 h (mit zwei Pausen)

- Grußwort und Einleitung sowie musikalische Grüße
- Prof. Dr. Klaus Moegling (Universität Kassel)
- Konstantin Wecker (Liedermacher)

Drei **Referate** à 20 Minuten live übertragen durch den Offenen Kanal Kassel

- Krise und Krieg: *Barbara Heller (Bremer Friedensforum)*
- Atombomber, atomare und konventionelle Aufrüstung... Aufwachen!: *Lühr Henken (Friko Berlin / Bundesausschuss Friedensratschlag)*
- Gute Nachbarschaft als Bedingung für Frieden mit Russland: *Prof. Dr. Norman Peach (Völkerrechtler)*

**Arbeitsgruppen** zu den Referaten via Zoom

**Arbeitsgruppen** zu Abrüstungsperspektiven via Zoom

**Arbeitsgruppen** zu Abrüstungsaktivitäten via Zoom

**Podiumsdiskussion** im Offenen Kanal und live Übertragung durch den Offenen Kanal: Weltkriegsgefahren entgegentreten - Wandel zum Frieden einleiten!